



## Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,  
liebe Leserinnen  
und Leser,  
am 2. Oktober 2018 haben sich die Spitzen von Union und SPD über Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten geeinigt. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll eine wichtige Grundlage für eine kontrollierte Einwanderung von Fachkräften in unser Land geschaffen und damit der Bedarf am Arbeitsmarkt für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit gesichert werden.

In Vorgesprächen, Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen des Deutschen Bundestages und bei öffentlichen Auftritten habe ich immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass wir bei allen guten und zweifellos wichtigen Punkten, die der Gesetzesentwurf der Bundesregie-

rung beinhalten wird, eines nicht vergessen dürfen: nämlich den Schutz der Entwicklungsländer vor einem Ausbluten ihrer wenigen Fachkräfte. Deshalb kann ich diesem Gesetz ohne eine Schutzklausel für die entwicklungschwachen Herkunftstaaten nicht zustimmen.

Ich halte es für eine subtile Form der Ausbeutung von Entwicklungsländern, wenn wir ihnen genau die Fachkräfte abwerben, die sie zum Aufbau einer eigenen Wirtschaft und Gesellschaft dringend bedürfen. Wir werden mittel- und langfristig die Armutsmigration durch eine hemmungslose egozentrische Selbstversorgung auf Kosten Dritter nur vermehren, statt diese durch Hilfe zur Selbsthilfe zu vermindern.

Für die Ausgestaltung einer solchen Schutzklausel habe ich die folgenden drei

alternativen Vorschläge gemacht:

- Antragsteller, die aus wirtschaftsschwachen Herkunftsländern kommen, erhalten nur zeitlich befristete Arbeitsvisen von maximal 8 (?) Jahren, oder:

- Die Erteilung eines Arbeitsvisums bedarf einer vorausgehenden Einverständniserklärung des Herkunftslandes, wenn dieses Entwicklungshilfe durch die EU, Deutschland oder andere europäische Staaten erhält, oder:

- In Staaten, die Entwicklungshilfe aus Deutschland oder anderen EU-Staaten erhalten, verzichtet Deutschland auf die Anwerbung von Fachkräften.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr



Nr. 18/19. WP  
12. Oktober 2018

Keine Sitzungswoche in Berlin ohne eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis. Diesmal konnte

ich den ehemaligen Landrat von Oder-Spree Herrn Dr. Jürgen Schröter und seine ehemaligen Klassenkameraden im Bundestag begrüßen. Gerne habe ich den Besucherinnen und Besuchern Einblicke in meine parlamentarische Arbeit in Berlin gegeben. Es war wieder eine spannende Diskussion.

## Start für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal

Mit der Freigabe der Haushaltsmittel für die Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin ist nun endlich der Start für die Errichtung dieses nach einer 20jährigen Diskussion wichtigen Denkmals eingeleitet worden.

Ich begrüße diesen Schritt ausdrücklich, da das Denkmal eine zeitgemäße Würdigung der friedlichen Revolution in der DDR mit den mutigen freiheitsliebenden Bürgern ist, die unserer deutschen Geschichte einen positiven Anstrich verliehen haben.

Ich möchte mich ausdrücklich bei den tatkräftigen Akteuren wie Günter Nooke, Wolfgang Thierse, Florian Mausbach, Günter Je-



Quelle: <https://www.freiheits-und-einheitsdenkmal.de/> 10.10.2018, 12:34 h

schonnek u.a. bedanken. Sie haben sich ausdauernd dafür eingesetzt, dass der Stopp der Planungen durch den Haushaltsausschuss im April 2016 aufgehoben wurde und das Projekt mit dem erneuten Bundestagsbeschluss am 1. Juni 2017 in die Phase der Umsetzung gehen konnte.

Mit der Architektur einer Wip-

pe unter dem Motto "Bürger in Bewegung" wird symbolisch auf eine ausgleichende demokratische Entwicklung unseres Landes verwiesen, die wir in die Zukunft bringen und weiterhin mit Leben und Gestaltungskraft füllen müssen. Machen wir es gemeinsam.

## Expertenkommission für mehr Bürgerbeteiligung

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung dürfen wir die Gestaltung unserer Demokratie niemals aus den Augen verlieren und müssen verstärkt unser Augenmerk darauf setzen. Denn bürgerschaftliches Engagement ist die tragende Säule der Demokratie. Demokratie gibt man nicht über das Erbgut weiter, sondern sie muss von Generation zu Generation durch Vorleben weitergegeben werden.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, möchten sich die

Regierungsparteien mit Hilfe einer Expertenkommission dem Thema Bürgerbeteiligung widmen.

Über die Arbeit einer solchen Kommission hat sich der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement diese Woche ausgetauscht und dies überparteilich in einer Stellungnahme festgehalten.

Die Expertenkommission soll mit Einbindung der Abgeordneten den Hauptschwerpunkt auf den Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engage-

ment und Demokratiebewusstsein legen. Hierbei sollen breite Bevölkerungsstrukturen angesprochen werden.

Auch sollen Menschen mit Migrationshintergrund sowie benachteiligte Kinder und Jugendliche gesondert berücksichtigt werden. Die Expertenkommission muss zudem der Frage nachgehen, was die Blockaden bei einer freiwilligen Arbeit sein könnten und wie wir mehr motivieren und animieren können.

## Internationale Beziehungen zu Taiwan nutzen

Für Taiwan einen politischen Weg an der Seite oder gar mit der Volksrepublik China zu finden, erscheint wie die Quadratur des Kreises. Dennoch müssen wir beide Seiten diplomatisch dabei unterstützen, dass sie ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre eigenen Interessen in einem friedlichen Bemühen ausgleichen können. Auch deshalb finde ich es wichtig, dass wir nicht nur mit China (das wir diplomatisch anerkennen, Taiwan aber nicht), sondern auch mit Taiwan in einem produktiven Austausch bleiben, damit diese junge Republik ihre Selbstbestimmung und Entwicklung nicht

verliert. Auch deshalb hatte ich den Repräsentanten der Taipeh-Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh, letzte Wo-

che in meinen Wahlkreis eingeladen und dabei vielfache Anknüpfungspunkte für Austausch und Win-Win-Aktivitäten gefunden.



## Thema Massenvertreibung der Rohingya

Das Treffen mit den Abgeordneten aus Myanmar, die auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung Deutschland besuchten, wurde zu einem sehr konstruktiven Austausch über die Menschenrechte und die Massenvertreibung der Rohingya aus Myanmar in das Nachbarland Bangladesch. Die Abgeordneten erklärten mir aus ihrer Sicht,

wie es zu diesen Vertreibungen kommen konnte und was die Regierung im Moment tut, um die Rückkehr und Repatriierung, vor allem aber eine nachhaltige Konfliktlösungsstrategie zu verwirklichen. Das ist angesichts der Menschenrechtsverletzungen von allen Seiten (terroristische Aktivitäten, systematische Diskriminierung und Gewaltexzesse)

noch ein steiniger Weg. Als Berichterstatter im Menschenrechtsausschuss für Myanmar gewann ich aus dem Gespräch wertvolle Einsichten und konnte aber auch nachdrückliche Impulse an meine Abgeordnetenkollegen weitergeben. So einfach wie wir uns manchmal die Lösung zur Verwirklichung von Menschenrechten vorstellen, ist es dann im Konkreten doch nicht. Ich bin froh, dass die UNO jetzt im Lande ausgleichend mitverhandelt. So kann vielleicht ein Weg gefunden werden, um dem furchtbaren Unrecht ein Ende zu setzen.



## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak  
Beeskowerstr. 114  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

### Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Unter dem Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ fand am 29. September der 5. Familienkongress des Verbandes kinderreicher Familien e.V. in Erfurt statt.

Eine spannende und wichtige Herausforderung unserer Tage heißt: Familie als Heimat und Orte der Geborgenheit erhalten

und gleichzeitig berufliche Karriere machen, wie passt das zusammen?

Darüber haben wir in einer Podiumsdiskussion mit Vertretern aus der Wirtschaft nachgedacht. Außerdem konnte ich mit den Jugendlichen aus kinderreichen Familien in einer Runde im Grünen über aktuelle politische Fragen diskutieren. Kinderreiche Familien

können ein guter Ort für gelingende Sozialisation sein, wenn die Eltern sich ihrer Verantwortung bewusst sind und die entsprechenden Bildungsvoraussetzungen besitzen. Wer morgen eine leistungsfähige und politisch stabile kulturelle Gesellschaft haben will, sollte viel mehr gerade diese Familien unterstützen.



Bei einer leckeren Pizza im Gespräch mit Kindern aus kinderreichen Familien.

## Begegnung mit thailändischen Politikern

Als der für Thailand zuständige Berichterstatter im Menschenrechtsausschuss habe ich mich diese Woche mit jungen thailändischen Politikern getroffen, die eine neue Partei gegründet haben.

Sie wollen bei der kommenden Wahl in Thailand mit dem Ziel

mehr Demokratie antreten.

In mehreren europäischen Hauptstädten haben sie Erfahrungen beim Aufbau demokratischer Strukturen und der dafür wichtigen Voraussetzungen gesucht. Sie möchten nach der Wahl - sei es auch als Opposition - an die de-

mokratischen Traditionen ihres Heimatlandes anknüpfen und die Stagnation der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unter der jahrelangen Militärdiktatur beenden. Ich denke, dass sie unsere bestmögliche Unterstützung verdienen.